

DIE LINKE.

im Kreistag Aurich

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Martin Heilemann

Vorsitzender der Linksfraktion im Kreistag Aurich

✉ Lange Reihe 4 • 26629 Großefehn

☎ 04943-4701

☎ 0177-8482179

✉ heilemann@dielinke-aurich.de

An

**die Emdener Zeitung • das Heimatblatt • die Ostfriesen Zeitung
der Ostfriesische Kurier • die Ostfriesischen Nachrichten • das
Pressebüro Nordwest • Radio Antenne Außenstudio Bremen
und Radio Ostfriesland**

**Datum:
20.09.07**

Recht und Gesetz gilt für jeden, auch für die ARGE

DIE LINKE im Kreistag Aurich fordert in ihrem Antrag das Ende der Rechtsverstöße bei der Berechnung der Miete durch die ARGE

DIE LINKE im Kreistag Aurich reagiert mit einem Antrag auf die andauernde öffentliche Kritik an der ARGE, der vorgeworfen wird, bei der Berechnung der so genannten Kosten der Unterkunft (KDU) gegen geltendes Recht zu verstoßen. „Recht und Gesetz gilt für alle, auch für die ARGE“, sagen die Kreistagabgeordneten Hinrich Albrecht und Martin Heilemann. Deswegen fordern sie unter anderem, den Mietspiegel als Grundlage für die Gewährung einer angemessenen Kaltmiete heranzuziehen. In Gemeinden, in denen es diesen Mietspiegel nicht gibt, sei die Wohngeldtabelle, wie vom Bundessozialgericht in einem Urteil von November letzten Jahres gefordert, richtig anzuwenden und dabei nicht mehr das Datum des Erstbezugs mietmindernd heranzuziehen. Außerdem sollen Heizkosten „wie gesetzlich festgelegt“ künftig nicht mehr pauschaliert, sondern nach tatsächlicher Höhe bezahlt werden. Die rechtswidrige Praxis, auf Darlehensbasis gewährte Kauttionen mit dem Regelsatz zu verrechnen, „müsse ebenfalls sofort eingestellt werden“, so die beiden Linken. Für sie dienen die zahlreichen Rechtsverstöße nur dazu, um auf den Rücken der Betroffenen Geld zu sparen, das diesen nach der gültigen Gesetzeslage eigentlich zusteht. Damit drohe der Bürger zweiter Klasse, dem man nach Gutsherrenart behandle und nach seinen sozialen Rechten nun auch in seinen Bürgerrechten einschränke. Dass dabei mit der Unwissenheit und den Ängsten vieler Menschen vor Wohnungsverlust gespielt werde, ist für DIE LINKE ein perfider Anschlag auf die Menschenwürde. Immer mehr der Hartz-IV-Empfänger würden mittlerweile unter dem Druck der ARGE Wohnungskosten aus dem Regelsatz bezahlen, was dazu führe, dass Einrichtungen wie die Auricher Tafel immer mehr Menschen zu versorgen haben, die sich aufgrund falscher Mietbescheide nicht mehr vom eigenen Geld ausreichend ernähren könnten. Die beiden Abgeordneten bezeichnen es als politischen Skandal, dass offensichtlich weder der Landrat noch die Mehrheitsgruppe aus SPD und Grüne ihren Einfluss geltend machen wollen, um dieses gesetzeswidrige Treiben zu beenden. So tragen auch sie die Verantwortung dafür, dass rechtswidrige Bescheide die ARGE am laufenden Band verlassen und damit „in unverantwortlicher Art und Weise Hand an den demokratischen Rechtsstaat gelegt wird“.

Eine andere Politik ist nötig – eine andere Politik ist möglich!

Mehr Infos unter:

www.dielinke-aurich.de